

„Fairtrade zu teuer? Für jeden Schnickschnack ist Geld da!“



Klare Worte zu Konsum, Klimawandel und Landwirtschaft: der Wissenschaftler und Politiker Ernst Ulrich von Weizsäcker (79) aus Emmendingen bei Freiburg ist morgen in Hildesheim zu Gast.

FOTO: BRITTA PEDERSEN/DPA

ZUR PERSON

Freiherr, Forscher, Politiker

Ernst Ulrich Freiherr von Weizsäcker, geboren am 25. Juni 1939, ist der Sohn des Physikers und Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker und Neffe des früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. Der Physik-Professor war unter anderem Präsident der Universität Kassel (1975 bis 1980), Direktor des UNO-Zentrums für Wissenschaft und Technologie in New York (1981 bis 1984) und Direktor des Instituts für Europäische Umweltpolitik (1984 bis 1991). Von 1998 bis 2005 saß er für die SPD im Bundestag und gehört zu den Architekten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Von 2012 bis 2018 war er Ko-Präsident des „Club of Rome“, einem internationalen Zusammenschluss von Wissenschaftlern, die sich für eine nachhaltige Zukunft der Menschheit einsetzen. Zu dem Thema hat von Weizsäcker mehrere Bücher veröffentlicht, in diesem Jahr zusammen mit Anders Wijkman „Wir sind dran“.

Die Debatte um den Diesel ist für mich eher ein Nebenthema.

Der Wissenschaftler und Politiker Ernst Ulrich von Weizsäcker ist morgen in Hildesheim bei zwei Veranstaltungen zu Gast. Im HAZ-Interview spricht er über den Sinn von Fairtrade-Produkten, die Flüchtlingsfrage, den Kohleausstieg, die Diesel-Debatte, den Klimawandel und das Insektensterben – und erklärt, warum er nicht weniger als eine „zweite Aufklärung“ fordert.

Von Tarek Abu Ajamieh

Die heutige industrielle und viel mit Bioziden operierende Landwirtschaft ist der größte Feind der Natur. Wir müssen den Landwirten beim Wandel helfen.

Guten Tag Herr von Weizsäcker, ist Ihr Kaffee zu Hause eigentlich ein Fairtrade-Produkt?
Ich trinke fast keinen Kaffee, aber mein Tee ist Fairtrade. Und für das Familien-Mittagessen habe ich heute Vormittag wunderschönes Gemüse aus der Region im nahen Bioland eingekauft. Die Priorität sollte ohnehin auf Öko-Produkten liegen.

Town“, gleichzeitig steigt in der Innenstadt die Zahl von Ein-Euro-Shops und anderen Billigläden. Ist so ein Zertifikat wirklich etwas wert?
Es kann jedenfalls nicht schaden, vielleicht Aufmerksamkeit erzeugen. Zum Thema Billigläden muss man sagen: Wer dort ein kauft, sollte sich im Klaren sein – wenn alles billig, billig, billig ist, zahlt irgendjemand dafür den Preis. Menschen in anderen Ländern, die Natur, nachfolgende Generationen...

Warum?
Weil man viele Lebensmittel aus der Region kaufen und dabei auf die Herstellungsweise achten kann. Fairtrade wird nur bei Produkten wie zum Beispiel Tee oder Datteln wichtig, die es nun mal regional nicht gibt.

Das führt zurück zu der Frage, wie soll sich jeder Mensch fair gehandelte Produkte leisten?
Gleichzeitig ist ja für jeden Handy-Schnickschnack genug Geld da. Die Umsätze der Elektronik- und Tourismus-Industrie machen deutlich, wie unnötig dieses Gejammer ist. Das ist eher eine Frage der Prioritäten.

Viele Menschen sagen, sie würden gern mehr Bio- oder Fairtrade-Produkte kaufen, könnten sich das aber nicht leisten, jedenfalls nicht in allen Bereichen.
Bei Nahrungsmitteln muss man meiner Meinung nach nur unwesentlich mehr Geld ausgeben. Man zahlt mehr für Obst und Gemüse, isst aber deutlich weniger Fleisch. So machen wir es auch. Fairtrade wird vor allem wichtig, wenn wir zum Beispiel Schokolade verschicken wollen.

Die sehr ungleiche Verteilung von Armut und Reichtum auf der Welt dürfte ein Hauptgrund dafür sein, dass es so viele Flüchtlinge gibt. Wenn mehr Menschen mehr Fairtrade-Produkte kaufen würden – wäre das für Sie auch ein Schritt gegen die Flüchtlingsströme?
Zunächst vielleicht nicht. Die, die bis zu uns flüchten, sind ja nicht die allerärmsten, die können sich das nämlich gar nicht leisten. Es sind die, die ein bisschen was haben, Gabe es mehr fairen Handel, gäbe es auch mehr Leute, die sich etwas mehr leisten können. Das würde also erst einmal mehr Menschen das Flüchten ermöglichen – kann aber langfristig dazu führen, dass weniger Menschen einen Grund sehen, zu flüchten. Deshalb halte ich es für richtig.

Bringt es denn wirklich etwas, wenn ein paar wohlmeinende Europäer Fairtrade-Produkte kaufen?
Oh ja, für viele Familien in den Entwicklungsländern macht das einen großen Unterschied. Auch, weil sich inzwischen auch Konzerne um das Thema kümmern ...

Ein weiterer Fluchtursache, die an Bedeutung gewinnen dürfte, ist der Klimawandel. Sie fordern eine „zweite Aufklärung“, bei der es letztlich um nichts weniger als das langfristige Überleben der Menschheit geht. Der menschliche Anteil am Klimawandel und damit auch seine Verantwortung für den Kampf dagegen werden heftig diskutiert.
Das Bevölkerungswachstum der vergangenen 50 Jahre ist für mich einer der größten Faktoren für die globale Erwärmung. Die Weltbevölkerung hat sich verdreifacht, der Konsum sogar verzehnfacht. Und es gibt eine direkte Korrelation zwischen Bruttoinlandsprodukt und CO₂-Ausstoß.

Konzerne?
Ja, der Otto-Versand zum Beispiel begann vor zehn Jahren, viel Geld für Waren aus ökologisch nachhaltigem Baumwoll-Anbau zu bezahlen. Das brachte den jeweiligen Dörfern bessere Bodenqualität, weniger Wasserprobleme und generell mehr Wohlstand.

Heiß diskutiert wird derzeit auch in der deutschen Politik der sogenannte Migrationspakt der Vereinten Nationen.
Migration gibt es, seitdem es Menschen gibt. Denken Sie an die Völkerwanderung, an Millionen Deutsche, die in die USA ausgewandert sind, an Tausende anderer solcher Bewegungen. Jetzt endlich fällt es den Vereinten Nationen ein, halbwegs brauchbare Regelungen dafür aufzustellen. Dagegen Sturm zu laufen, hat nichts mit der Realität zu tun. Der AfD geht es auch nicht um die UNO oder um Migration. Ziel ihrer Kampagne ist es, ohne jede rationale Begründung Zorn zu erzeugen.

Sind das nicht nur Inseln?
Inzwischen ist es ein richtiges Netz von Dörfern in zehn Ländern geworden. Das bringt vielen Menschen dort langfristig schon viel.

Städte wie Hildesheim schmücken sich mit dem Label „Fairtrade“
Ich verstehe und konsumieren uns zu Tode?
Wenn Sie so wollen. Wir denken über eine CO₂-Steuer nach, tun aber nichts gegen das Wachstum von Bevölkerung und Konsum, also die Ursachen.

Wie könnten wir das tun?
Wenn es einem Land so gut geht, dass es sich ein vernünftiges System der Alterssicherung leisten kann, nimmt die Bevölkerung nicht mehr zu. Siehe Japan oder Deutschland. In Ländern, wo das nicht so ist, bekommen die Leute mehr Kinder – als Alterssicherung. Wir müssten unsere Entwicklungshilfe so umpolen, dass wir Länder unterstützen, die das kapiert haben. Und natürlich sind Bildung und Emanzipation der Frau elementar – denn häufig sind es die Männer, die sie unterdrücken, die viele Kinder fordern, nicht die Frauen selbst.



Wenn alles billig, billig, billig ist, zahlt irgendwer dafür – die Umwelt, Menschen in anderen Ländern oder nachfolgende Generationen.

In Deutschland versucht man, den Schadstoff-Ausstoß zum Beispiel durch eine Reduzierung der Diesel-Fahrzeuge zu bekämpfen. In vielen Städten drohen Fahrverbote, in Hildesheim gibt es immerhin Abbiegeverbote an manchen Stellen. Sinnvoll?
Den Schadstoff-Ausstoß zu reduzieren, ist sicher richtig. Aber die Diesel-Eindämmung ist für mich eher ein Nebenthema, sie bringt nicht viel.

Was ist denn ein Hauptthema?
Es sind zwei: der Rückgang der Biodiversität und die globale Erwärmung.

Das Insektensterben ist auch bei uns ein großes Thema. Rübenaubern fürchten Einbußen durch das Verbot sogenannter Neonicotinoide zur Schädlings-Bekämpfung, viele Landwirte fürchten ein Glyphosat-Verbot.
Ich weiß nicht, ob man das in Niedersachsen so sagen darf, aber die heutige industrielle und viel mit Bioziden operierende Landwirtschaft ist der größte Feind der Natur.

Man darf es natürlich sagen. Aber man wird Widerspruch ernten.
Gerade dieses trockene Jahr mit seinen Auswirkungen auf Felder und Wälder hat gezeigt, dass der Klimawandel auch bei uns angekommen ist. Zugleich wurde nachgewiesen, dass ein direkter Zusammenhang zwischen dem Artensterben und dem Einsatz von Agrargiften besteht. Viele Politiker, die sich vorher überhaupt nicht damit befasst haben, sind nun für ein Glyphosat-Verbot.

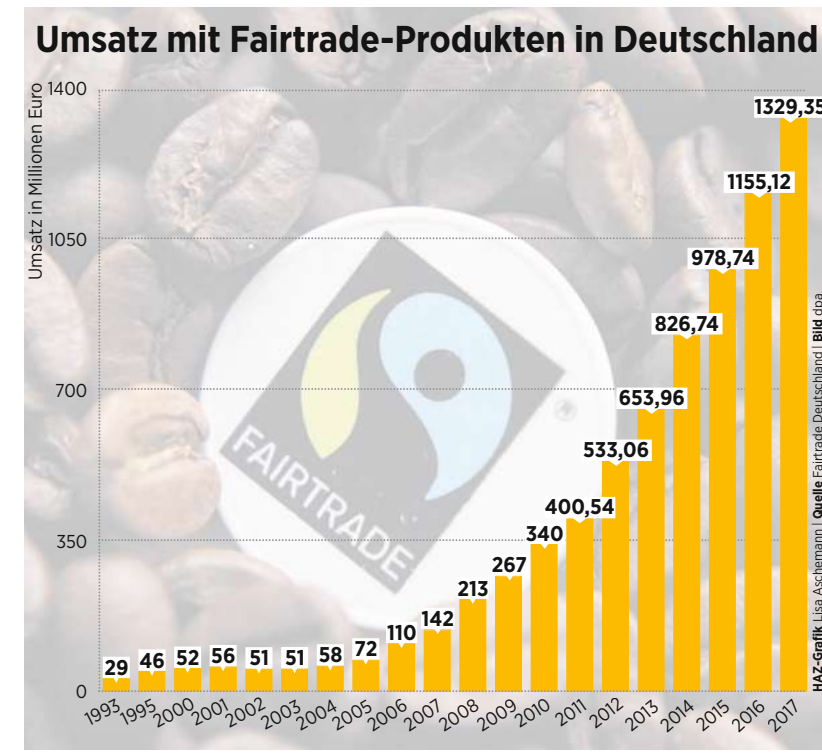
Es gibt hier Landwirte, die weisen das alles strikt zurück. Und es gibt welche, die sagen: Wir sind bereit, auf Mittel wie Glyphosat oder Neonicotinoide zu verzichten, wenn die Gesellschaft das für richtig hält – aber dann muss die Gesellschaft uns auch helfen, sich daraus ergebende Verluste aufzufangen.
Diese Landwirte wiederum haben völlig Recht! Wir müssen immer überprüfen, welche Folgen eine Maßnahme, ein Verbot für die Betroffenen hat. Und dann überlegen, ob wir über Entschädigungen reden oder ob wir die Veränderungen so langsam einführen, dass der Betroffene sein Geschäft mit Aufwand und ohne Kapitalvernichtung verändern kann. Deshalb plädiere ich auch für eine auf Jahrzehnte angelegte, sanft ansteigende CO₂-Steuer, die es den Unternehmen ermöglicht, sich langfristig umzustellen.

Weiteres aktuelles Thema ist der Kohleausstieg, ebenfalls zur Reduzierung von Schadstoffen. Wäre es nicht klüger gewesen, erst aus der Kohle und dann aus der emissionsärmeren Atomenergie auszustiegen?
Ich glaube, der Atomausstieg war nach der Katastrophe von Fukushima opportun. Und wenn er

was ohnehin schon richtig ist und dann auch noch opportun wird, muss die Politik es machen. Die Kohle ist heute in Deutschland auch alles andere als opportun, also müssen wir uns etwas überlegen.

Die Befürworter der Kohle, ob am Hambacher Forst oder hier in der Region im Kraftwerk Mehrum sagen, die Stromversorgung funktioniere doch ohne Kohle noch auf Jahrzehnte nicht, weil die erneuerbaren Energien wie Wind und Photovoltaik viel zu wetterabhängig und damit unzuverlässig seien.
Das heißt aber nicht, dass man nicht auf Erneuerbare setzen sollte. Sondern dass wir die Entwicklung im Bereich Stromspeicher und

Batterietechnik massiv vorantreiben müssen. Und zwar insgesamt, aber letztlich auch für jedes Gebäude. Die fünf größten Hersteller auf dem Gebiet sind aus China. Da hat Europa geschlafen.



men – dabei bringe das gar nichts, wenn Deutschland den Musterknaben spielt, der Rest der Welt aber nicht mitmacht.

Hat es noch Zeit, aufzuwachen?
Es wacht schon auf. Wenn ein Konzern wie Volkswagen ankündigt, da Milliarden zu investieren, ist das ein klares Zeichen. Dabei muss es nicht nur die Batterietechnik sein, auch die Brennstoffzellentechnologie bietet viele Chancen.

In der Debatte um Diesel und Kohle klagen viele Deutsche auch, wir würden große Anstrengungen unternehmen, höhere Energiekosten und Arbeitsplatz-Verluste in Kauf nehmen – dabei bringe das gar nichts, wenn Deutschland den Musterknaben spielt, der Rest der Welt aber nicht mitmacht.
Da haben diese Leute durchaus recht. Deswegen müssen wir eben dafür sorgen, dass die anderen auch mitmachen. Wobei es ja nicht stimmt, dass andere Länder nichts unternehmen, im Gegenteil. In China zum Beispiel reduzieren neun von zehn Kohlekraftwerken ihre Kapazitäten. Nur bringt das wenig, wenn China zugleich solche Kraftwerke in Entwicklungsländern verkauft. Dann stehen sie national gut da, global verbessert sich nichts.

Das werden Sie den Chinesen kaum verbieten können.
Natürlich nicht. Deswegen ist die UN-Klimakonferenz in Kattowitz, die heute beginnt, so wichtig. Dort müssen Vereinbarungen getroffen werden, den CO₂-Ausstoß nicht nur auf dem eigenen Territorium zu senken, sondern überall.

Viele Entwicklungsländer sagen, die Industrieländer haben den Schaden angerichtet, und sie sollen jetzt die Zeche zahlen, in dem sie sich industriell nicht mehr entwickeln dürfen.
Mein Vorschlag dazu ist nicht neu, aber hochaktuell, finde ich. Wir brauchen eine Art Budget für die Atmosphären-Nutzung pro Einwohner. Das haben die Industrieländer bald schon aufgebraucht, dann müssen sie bei den Entwicklungsländern sozusagen shoppen gehen, um Nutzungsrechte dazu zu kaufen. Das erhöht für alle Länder den Anreiz, auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu setzen. Die einen müssten dann weniger Nutzungsrechte kaufen, die anderen könnten mehr dieser Rechte verkaufen. Das wäre eine

geniale Idee, aber als Frau Merkel das 2009 in Kopenhagen vorschlug, wollten die USA nicht machen.

Mit Donald Trump statt Barack Obama als Präsident dürfte sich das kaum ändern.
Stimmt. Aber dann müssen wir es eben ohne die Amerikaner machen. Wir müssen endlich dafür sorgen, dass die Entwicklungsländer ein ökonomisches Interesse am Klimaschutz bekommen.

Klingt gewagt. Wie auch Ihre Forderung nach höheren Energiepreisen.
Es heißt immer, höhere Energiepreise würden zu einer Deindustrialisierung Deutschlands führen. Das ist Unsinn. Als in Japan in den 1970er-Jahren die Energiepreise massiv erhöht wurden, führte das zu einer großen Neu-Industrialisierung mit besserer Technik und mehr Effizienz.

Noch einmal zurück zur zweiten Aufklärung. Was meinen die damit? Was wollen sie erreichen, was Rousseau nicht erreicht hat?
Das ist ja nicht nur meine Forderung. Ich bin aber davon überzeugt, dass sie richtig ist. Die erste Aufklärung war wichtig, sie war sehr gut für die Lage im 18. Jahrhundert. Aber sie hat auch Dogmatismus, Kolonialismus und Egoismus hervorgebracht. Wirtschaft und Fortschritt wurden die treibenden Kräfte.

Das hat den Lebensstandard vieler Menschen erhöht.
Aber es geht ja nicht ewig so weiter. Wir brauchen eine neue Balance von Gerechtigkeit und Leistungsanreizen, nicht nur eine reine Leistungsgesellschaft. Für uns. Und für unsere Erde.

IN KÜRZE

Fair und Öko: Darum geht es morgen

Ernst Ulrich von Weizsäcker diskutiert morgen Vormittag mit Schülern des Hildesheimer Gymnasiums Andreanum. Ab 16 Uhr ist er zu Gast beim Start des Projektes „Lernen eine Welt zu sein“ des Kirchenkreises Hildesheim-Larstedt in der Martin-Luther-Kirche in der Hildesheimer Nordstadt. Sein Vortrag trägt den Titel „Wir sind dran: Was wir ändern müssen, wenn wir bleiben wollen“. Nach der Rede eröffnet der „Marktplatz öko, fair und mehr“, eine Messe für regionale Anbieter von Bio- und Fairtrade-Produkten. Der Kirchenkreis hofft, dass viele seine Mitgliedsgemeinden hier Partner für Öko- und Fairtrade-Projekte finden. Die Veranstaltung steht für jeden interessierten Bürger offen, der Eintritt ist frei.